

Redebeitrag zum Haushaltsplan für 2020 am 09. Dezember 2019

Fraktionsvorsitzende Jenny Schulz:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Gäste,

weil so ein Haushaltsentwurf ganz sicher keine leichte Aufgabe ist, möchte ich zunächst meinen Dank aussprechen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Verwaltungsbereiche, die in mühevoller Feinarbeit ermöglicht haben, uns diesen Entwurf vorzulegen. Vielen Dank für Ihre Anstrengungen!

Alle Jahre wieder kommen wir hier zusammen, um über einen Haushalt zu beraten, der zu Aller erst starken Zwängen unterworfen ist. Zwänge, die sich aus einer in höchstem Maße unausgewogenen Finanzpolitik gegenüber Kommunen und deren Gestaltungsspielräumen ergeben. Und so gilt sowohl an die Bundesregierung und auch die Landesregierung, unabhängig welcher Farbenlehre: Kommunen benötigen dauerhaft ausreichend finanzielle Mittel für ihre Auf- und Ausgaben. Die offensichtliche Lösung liegt in einer auf Beständigkeit angelegten Steuerung der Finanzströme, die anstelle einer Vielzahl von befristeten Einzelprogrammen die kommunalen Interessen verlässlich wahrnimmt und unterstützt.

Die wachsenden kommunalen Haushaltsrisiken, vor allem wegen der steigenden Sozialausgaben und des Investitionsrückstandes bereiten vielen Städten und Gemeinden große Sorgen. Nur die derzeit halbwegs gute konjunkturelle Lage und die gerade noch starken Steuereinnahmen ermöglichen im Saldo ein ausgewogenes Bild. Prognosen sprechen allerdings schon von einem Abschwung und einer Reduzierung der Steuereinnahmen. Dabei ist Geld im System ja tatsächlich ausreichend vorhanden, das zeigen uns Skandale wie Panama Papers, der Dieselskandal oder der Umgang mit der Autobahnmaut – merkwürdigerweise ohne in der Öffentlichkeit eine ernsthafte Aufregung hervorzubringen. Vielleicht weil es irgendwie weit weg erscheint, ganz im Gegenteil zu dem, was vor der eigenen Haustür passiert, womit wir natürlich auf die Chancen und Risiken der Finanzpolitik in unserer Stadt schauen müssen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 ist ausgeglichen, das ist die gute Nachricht, die uns von der Verwaltung vorgetragen wird. Ich habe oben schon erwähnt, wie sehr wir anerkennen, welche Mühe es macht, dies rechnerisch zustande zu bringen. Allein ist es aus unserer Sicht vor allem ein reines Rechenspiel und aus politischer Perspektive eher weniger hilfreich. Denn es führt dazu, dass wir nicht klar definieren, was ist unser Ziel für die

Stadt, worin sehen wir den prioritären Handlungsbedarf und damit die entsprechende Finanzierung.

Es wird Sie vermutlich kaum verwundern, dass wir als Fraktion finden, dass dies der Bereich des Sozialen sein muss und daher eine Umverteilung der Mittel im Haushalt stattfinden sollte, die diesem Bereich zu Gute kommt.

Der Sozial- und Jugendhilfehaushalt ist zwar ein enorm großer Haushaltsposten und sieht damit schon nach viel Geld aus, aber er ist vor allem ein Transferhaushalt und das Geld kommt zu großen Teilen von Bund und Land. Insbesondere in den Bereichen der Hilfen zur Erziehung und des Unterhaltsvorschusses. Eigenes kommunales Geld wird für freiwillige Aufgaben wie Leistungen des Magdeburg-Passes oder „freiwillige Pflichtaufgaben“ in der Jugendarbeit verwendet. Hier meinen wir, brauchen wir eine Stärkung und Ausweitung. Besonders die präventiven Ansätze bedürfen der Unterstützung, damit die Chance besteht, dass z.B. im Bereich der Interventionen die Zahlen zurückgehen. Ebenso ist es vordringlich, Projekte der demokratischen Teilhabe und Bildung zu unterstützen. Im Ergebnis heißt das konkret: Wir müssen mehr finanzielle Mittel im Bereich des Sozialhaushaltes und der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stellen. Unsere Vorstellungen dazu sind vielfältiger Natur, aber wir haben uns als Fraktion darauf verständigt, in der konkreten Umsetzung als Priorität eine Ausweitung der Unterstützung unserer Stadt für Opfer sexualisierter Gewalt zu beantragen. Der Bedarf dafür ist schon aufgrund der steigenden Beratungszahlen sehr eindeutig, aber auch dem Bewusstsein um die schwerwiegende Situation betroffener Menschen geschuldet.

Plutarchs Plädoyer, wonach „der Haushalt der Beste ist, worin man nichts Überflüssiges will, nichts Notwendiges entbehrt“, unterliegt freilich der politischen Prioritätensetzung. So finden wir zum Beispiel unterstützenswert den Antrag zur Erhöhung des Budgets für die Alten- und Servicezentren. Aber da meine Fraktion auch eine unbedingte Notwendigkeit in der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit sieht, lehnen wir den Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Streichung der Mittel für das Amt für Gleichstellung nicht nur aus politischen sondern auch aus rechtlichen Gründen ab. Das Kommunalverfassungsgesetz schreibt zwingend die hauptamtliche Bestellung für das Gleichstellungsamt vor und dass wir in Fragen der Frauenförderung, geschlechtergerechten Umsetzung von Maßnahmen und der Anerkennung vielfältiger Lebensweisen wahrlich noch weit entfernt sind von echter Gleichstellung ist tagtäglich zu beobachten! Auch die weiteren Anträge der AfD-Fraktion spiegeln für uns die Bedienung stereotyper Muster und menschenfeindlicher Positionen wider, so dass es aus unserer Sicht keiner weiteren Erklärung für unsere Ablehnung dieser Anträge bedarf.

Meine Fraktion findet, dass wir nach wie vor viel zu viel Geld in Steine statt in Menschen investieren. Auch wenn bei den Investitionen dringend benötigte Steine wie der Aus- und Neubau sowie die Sanierung von Schulen, die Hochwasser-Nachsorge in Ostelbien oder die Sanierung der Hyparschale dabei sind. So ist doch einmal mehr die Tunnelbaustelle eines der größten Probleme. Diese - in Ihren Ohren vermutlich alte Leier, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, - führt dazu, dass die Fördermittelpauschale des Landes zur Erhaltung der Infrastruktur mit 4,5 Mio. EUR vollständig für die Realisierung der Eisenbahnunterführung Ernst-Reuter-Allee eingesetzt wird, obwohl diese Summe eigentlich für die gesamte Infrastruktur der Landeshauptstadt bestimmt ist. Damit fehlen Gelder an anderen Stellen. Vielleicht wäre es auch sinnvoll die geplanten Mittel zur Reaktivierung des Industriefahrs auf die Folgejahre zu strecken, um Belastungen im investiven Haushalt zu verringern.

Eine methodische Änderung im Bereich Stadtentwicklung und Verkehr ist vor dem Hintergrund der Klimadebatte innerhalb des Haushaltes kaum zu erkennen. Anstrengungen für einen sozialökologischen Umbau bilden sich wenig ab und die Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs ist bisher zu wenig verankert. Aus diesem Grund sind wir Einreicherin bzw. Miteinreicherin einer Reihe von Änderungsanträgen in diesem Bereich. Unserer Meinung nach wäre damit der Haushalt für 2020 strategisch besser aufgestellt. Wir wollen schrittweise die Möglichkeiten für Mobilität jenseits des PKW stärken! Eine Möglichkeit für eine entsprechende Deckungsquelle wäre z.B. der geplante Betrag für die Lichtsignalanlage Liebkestr., da diese nicht benötigt und im kommenden Jahr wohl auch kaum umgesetzt werden wird.

Der Haushaltentwurf enthält eine Reihe an Risiken, die sich aus verschiedenen Aspekten ergeben. Natürlich muss man ganz aktuell in diesem Zusammenhang auf die Situation bei Enercon und den damit sinkenden Steuereinnahmen sowie der zusätzlichen Belastung des Haushaltes im Bereich der Sozialausgaben verweisen. Dass diese Situation eingetreten ist, nachdem der Haushalt im Entwurf fertig gestellt war, ändert wenig an der Tatsache, dass es abgesehen von der fatalen Situation für die vielen betroffenen Menschen und Familien, haushalterisch problematisch ist und absehbar zu Buche schlagen wird.

Nun ist es nichts Neues, dass zu einem verantwortungsvollen wirtschaftlichen Handeln die Notwendigkeit gehört, nicht mehr auszugeben als man einnimmt. Aber dieses Leitmotiv gilt nur für die Situation, bei der man Einnahmen- und Ausgabenhöhe tatsächlich kennt und danach sein Handeln bestimmen kann. Tatsache ist aber auch- das zeigt die Erfahrung aus den letzten Jahren - dass viele Haushaltsentscheidungen unterjährig erfolgen, je nach Stand der Erfüllung der Haushaltspositionen. Und eine Umqualifizierung findet dann häufig durch die Verwaltung ohne Einfluss durch den Stadtrat statt. Ein Prioritätenliste dafür, was wir mit freiwerdenden Mitteln machen wollen, könnte da vielleicht Abhilfe schaffen.

Wir als Fraktion wollen, dass mehr eigene Mittel in den konsumtiven Haushalt fließen und Investitionen über Kreditaufnahmen finanziert werden, damit mehr Mittel für andere wichtige kommunale Aufgaben wie Bildung, frühkindliche Förderung oder Sozialarbeit zur Verfügung stehen. Das ist in Zeiten billiger Kredite keine abwegige Herangehensweise. Wir haben ja in der Debatte am vergangenen Donnerstag lernen dürfen, dass ein neu zusammengesetzter Stadtrat zu anderen Einschätzungen politischer Notwendigkeiten kommen kann. Eine Änderung des Deckelungsbeschlusses für Neuverschuldung halten wir deshalb für sinnvoll, da die Aufwendungen im investiven Haushalt diese Deckelung bereits nahezu ausschöpfen.

Vielleicht mit einem kleinen Augenzwinkern, aber deshalb nicht weniger ernst gemeint möchte ich es abschließend deshalb zusammenfassend mit den Worten Mark Twains sagen: „Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen muss.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Jenny Schulz
Fraktionsvorsitzende“

- Es gilt das gesprochene Wort -